

Berufliche und akademische Bildung müssen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft als gleichwertig gelten

Antragsteller: Workshop Berufliche Bildung

1. Präambel

Noch nie strömten so viele junge Menschen nach dem Abitur an die Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen wie heute. Die Zahl der Studienabbrecher, die an den Hochschulen aus unterschiedlichen Gründen nicht den richtigen Weg finden und ihr Studium nicht beenden, steigt. Aktuell brechen ungefähr ein Drittel aller Studenten ihr Studium ab. Für viele von ihnen kann eine duale berufliche Ausbildung die richtige Wahl sein.

Unternehmen unterschiedlichster Branchen klagen über einen Fachkräftemangel. So geben laut Fortschrittsbericht der Bundesregierung zum Fachkräftemangel 2014 insgesamt 38% der Betriebe an, dass sie ihre Wachstumspotentiale in Folge des Fachkräftemangels gefährdet sehen. Darüber hinaus stellt der Bericht fest, dass der Fachkräftemangel bei mittelständischen Unternehmen (nach den Energiepreisen) die drängendste Sorge ist. Ebenfalls geben diese zu 71% an, derzeit sehr schwer oder eher schwer neue und ausreichend qualifizierte Mitarbeiter zu finden. Gut die Hälfte sehen sich bereits Umsatzeinbußen durch einen erheblichen Mangel an Fachkräften gegenüber. Es gibt also genug Gründe, das Thema Fachkräftemangel ernsthaft anzugehen und eine Verbindung mit dem Akademisierungstrend in unserer Gesellschaft zu knüpfen. Unternehmensverbände beklagen immer häufiger, dass der Bedarf nicht mit dem wachsenden Angebot an Akademikern Schritt halten kann.

Mitte der 60er Jahre absolvierten 92 Prozent der jungen Menschen eine Berufsausbildung, nur acht Prozent begannen ein Studium. 2011 war die Quote der Ausbildungs- und Studienanfänger nahezu ausgeglichen. Gleichzeitig stellen wir fest: Derzeit benötigen acht von zehn Berufsgattungen mit den größten Engpässen keine Akademiker, sondern durch eine Ausbildung beruflich Qualifizierte. Viele freie Ausbildungsplätze konnten in den vergangenen Jahren nicht besetzt werden. Vor allem technische Berufe waren hiervon betroffen.

Wir dürfen den Fachkräftemangel nicht zu einer Bedrohung für die deutsche Wirtschaft werden lassen, denn an ihr hängt der Wohlstand derer, die nach uns kommen.

Die duale berufliche Ausbildung hat in den letzten Jahren an Rückhalt verloren. Durch Medien und Politik wird in Familien und jungen Menschen der Gedanke verankert, nur mit einem Hochschulstudium ein erfolgreiches Leben führen zu können. Gleichzeitig beneiden uns Länder auf der ganzen Welt für unser einzigartiges System der dualen Beruflichen Ausbildung.

Betriebe klagen zunehmend über die mangelnde Ausbildungsreife ihrer Bewerber, die zunehmend nicht die Mindestanforderungen für den Einstieg in die berufliche Ausbildung erfüllen. Dies zeige sich in mangelndem schulischen Basiswissen sowie den gleichermaßen bedeutsamen Soft-Skills.

Laut der Bundesagentur für Arbeit halten Unternehmen die Verbesserung der Ausbildungsreife für eine zentrale Maßnahme zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze. Es muss daher ein schonungsloser Dialog zwischen den Arbeitgebern, den Schulen, den landespolitischen Akteuren und nicht zuletzt den Schülern initiiert werden, der in Lösungsansätzen für diese Problematik mündet.

Jeder wird gebraucht wenn es darum geht, eine Wirtschaft des 21. Jahrhunderts zu begründen. Schleswig-Holstein kann es sich nicht leisten, auch nur einen jungen Menschen an die Perspektivlosigkeit zu verlieren.

Jungen Menschen kann die Berufliche Bildung eine dem akademischen Bildungsweg gleichwertige Chance bieten. Die Stärken der dualen Beruflichen Ausbildung wurde gerade während der Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich: Vor allem die südlichen Staaten der EU haben mit einer gewaltigen Jugendarbeitslosigkeit von teilweise über 50 Prozent zu kämpfen, während andere Länder mit traditionell dualen Ausbildungsformen bei der Jugendbeschäftigung Spitzenplätze einnehmen - allen voran Deutschland mit derzeit unter acht Prozent Jugendarbeitslosigkeit.

Schließlich trägt der Mix zwischen ausgebildeten Fachkräften und Akademikern dazu bei, dass die deutsche Wirtschaft ein enormes Innovationspotential entfalten kann. Der Vorteil der beruflichen Bildung liegt in der sehr hochwertigen, begabungs- und interessengerechten Ausbildung, die sich durch hohe Praxisanteile auszeichnet. Das garantiert die Aktualität und Relevanz der Ausbildungsinhalte, die ständigen Anpassungen unterliegen.

71
72 2. Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher:
73

74 I. Imagestärkung der dualen Beruflichen Ausbildung
75

- 76 1. Berufliche und akademische Bildung müssen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik als
77 gleichwertig anerkannt werden. Dieses Ziel müssen alle Akteure unserer Gesellschaft
78 gleichermaßen verfolgen, denn Schleswig-Holstein braucht für eine wettbewerbsfähige
79 Wirtschaft sowohl gut ausgebildete Fachkräfte als auch Akademiker.
- 80 2. Hierzu muss der Aufbau eines Netzes von Beratungs- und Informationsangeboten
81 vorangetrieben werden. Schüler, Auszubildende, Studenten und Weiterbildungswillige
82 sollen systematisch Beratung erhalten.
- 83 3. Die duale Berufsausbildung ist ein einzigartiges Erfolgsmodell. Das muss auch die OECD
84 endlich erkennen. Entscheidet sich ein Kind akademisch gebildeter Eltern für eine
85 berufliche Ausbildung, gilt dies in der Definition der OECD als „Abwärtsmobilität“ im
86 Bildungssystem. Daher verkennt der Bericht der OECD den Stellenwert der
87 hochkarätigen dualen Beruflichen Bildung in unserer Gesellschaft.
- 88 4. Dem Fachkräftemangel auf dem deutschen Arbeitsmarkt muss entschieden entgegen
89 gewirkt werden. In Schleswig-Holstein sollte die Politik eine Infrastruktur schaffen, die
90 eine Unternehmenskultur des Aus- und Weiterbildens ermöglicht und Anreize für die
91 Unternehmen und Auszubildenden setzt. Absolventen einer Ausbildung brauchen bessere
92 Weiterbildungsperspektiven für die Zeit nach der Berufsschule.

93
94 II. Anforderungen an das Bildungssystem
95

- 96 1. Schulabsolventen müssen ausreichend auf eine Ausbildung vorbereitet sein. Die
97 allgemeinbildenden Schulen müssen dies gewährleisten. Dabei ist ein besonderes
98 Augenmerk auf die Kernkompetenzen (Rechnen, Lesen, Schreiben, etc.), die Softskills und
99 Tugenden (Disziplin, Leistungsbereitschaft, Pünktlichkeit, Verantwortungsbewusstsein,
100 etc.) zu legen. Dies ist durch eine Anpassung der Fachanforderungen durch das Land
101 Schleswig-Holstein für die allgemeinbildenden Schulen zu erreichen.
- 102 2. Sinnvolle und qualitativ hochwertige Praktika sind an allen allgemeinbildenden Schularten
103 auszubauen. Wir befürworten in diesem Zusammenhang verbindliche Kooperationen
104 zwischen allgemeinbildenden Schulen und den Arbeitgebern. Als Grundlage sollte ein
105 verbindliches Rahmenkonzept in Verbindung mit einem einwöchigem Seminar zur
106 Berufsbildung durch das Bildungsministerium initiiert werden. In diesem Kontext sollen
107 dem Schüler und seinen Eltern durch die Lehrkraft und einen externen Berater die Stärken,

Schwächen und Perspektiven des zukünftigen beruflichen Werdegangs des Jugendlichen aufgezeigt werden.

3. Berufsorientierung muss als verpflichtendes Modul im Lehramtsstudium und als Fort- und Weiterbildung der Lehrer angeboten werden. Nur wer sich mit der dualen Beruflichen Ausbildung auskennt, kann auch bei der Berufsorientierung unterstützend eingreifen.
4. Die Kooperation zwischen Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe und beruflichen Schulen muss verstärkt werden. Eine systemische Zersplitterung und Einrichtung von „Minioberstufen“ an Gemeinschaftsschulen lehnen wir entschieden ab. Da an den beruflichen Schulen ein stärkerer Fokus mit Perspektive auf eine duale berufliche Ausbildung gelegt wird, fordern wir, dass diese Perspektive von den Akteuren stärker hervorgehoben wird.
5. Der Umstieg von einem Studium auf eine duale berufliche Ausbildung darf kein Stigma für Versagen darstellen. Hochschulen und Kammern sollen verstärkt Angebote für Menschen entwickeln und ausbauen, die aus einem Studium in eine berufliche Ausbildung wechseln wollen. Dies kann durchaus positiv sein, da eine berufliche Ausbildung möglicherweise besser zu jemandem passt als eine akademische Ausbildung. Dazu müssen insbesondere der Aufbau gemeinsamer Beratungsstrukturen und die zeitnahe Anerkennung von Prüfungsleistungen zählen. So können potentielle Studenumsteiger als Fachkräfte für die deutsche Wirtschaft gewonnen werden.
6. Wir fordern eine Unterrichtsversorgung von 110% – auch an den Beruflichen Schulen. Die derzeitige Unterrichtsversorgung ist gerade an den berufsbildenden Schulen katastrophal.

III. Anforderungen an die Unternehmen

1. Jedes Unternehmen muss sich klar zur dualen Beruflichen Ausbildung bekennen. Der Arbeitgeber steht in der Verantwortung seine Attraktivität und der Ausbildung (Zusatzleistungen, vermögenswirksame Leistungen, sowie ein geregeltes Übernahmeverfahren, etc.) zu erhöhen.
2. Grundsätzlich ist der Ausbildungsrahmenplan konsequent umzusetzen, damit die Absolventen einer Ausbildung die notwendigen Kenntnisse erlangen.
3. Ein Qualitätsmanagement zur Sicherung der Ausbildungsstandards ist über alle Branchen hinweg durch die IHK, Kammern und die Berufsverbänden zu gewährleisten.

IV. Anforderungen an die Beruflichen Schulen

145

146 1. Regionales Berufsbildungszentrum und Berufsbildungszentrum stehen in der
147 Verantwortung eine ausreichende Unterrichtsversorgung zu gewährleisten

148 2. Dem Lehrermangel an beruflichen Schulen muss entgegengewirkt werden. Ziel muss es
149 sein, ein einheitliches Konzept zur Sicherung des Bedarfs an Lehrern an berufsbildenden
150 Schulen und damit verbundenen Qualitätsanforderungen sowie der akademischen Lehre
151 umzusetzen. Ein wichtiger Schritt dazu ist die Öffnung der Hochschulen für beruflich
152 Qualifizierte.

153 3. Wir unterstützen die Schaffung des Schleswig-Holsteinischen Instituts für Berufliche
154 Bildung (SHIBB). Durch regelmäßig stattfindende Evaluationen kann zur
155 Qualitätssicherung und – entwicklung beigetragen werden. Im gleichen Zuge soll das
156 Institut Lehrerfortbildungen koordinieren.

157 4. Fachschulen, Fachoberschulen und Berufsoberschulen sind im Sinne der Chancenvielfalt
158 weiterzuentwickeln und zu stärken, sofern hiervon keine Ausbildungsberufe betroffen sind.
159 Volls Schulische Angebote in Bereichen, in denen es keine Ausbildungsberufe gibt, sind eine
160 gute Ergänzung. Dieses Angebot sollte darüber aber nicht hinausgehen.

161 5. Die BBS und RBZ sind in der Verantwortung die zukünftigen Aufgaben mit den ihnen
162 zugeteilten Mitteln zu erfüllen.

163 6. Den Berufsschulgebäuden wird oft nicht so viel politische Aufmerksamkeit geschenkt wie
164 allgemeinbildenden Schulen. Deshalb stehen sie oft in Ausstattung und baulichem Zustand
165 hinten an. Dies muss sich ändern.

166

167 Beschluss des Schleswig-Holstein-Rates am 28. Oktober 2016 in Lübeck.